Sicherheiten oder Mythen?
Ökonomische Glaubenssätze auf dem Prüfstand

Lehrerfortbildung des Regierungspräsidiums Stuttgart in Zusammenarbeit mit ver.di Baden-Württemberg

Stuttgart, 17.10.2014

„Die schwäbische Hausfrau – ein taugliches Modell für die Volkswirtschaft?“

Till van Treeck

Professur für Sozialökonomie

Universität Duisburg-Essen

Gliederung

1. Ist die aktuelle Krise eine Staatsschuldenkrise?
2. Der alte Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)
3. Austeritätspolitik und Reform der EU-Institutionen
4. Das magische Viereck (alt und neu) als Alternative?
5. Ungleichheit als Stabilitätsrisiko

Gliederung

1. Ist die aktuelle Krise eine Staatsschuldenkrise?
2. Der alte Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)
3. Austeritätspolitik und Reform der EU-Institutionen
4. Das magische Viereck (alt und neu) als Alternative?
5. Ungleichheit als Stabilitätsrisiko

Politik für die schwäbische Hausfrau?

„München/Saarbrücken. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die Bürger auf schmerzhafte Einschnitte vorbereitet. Deutschland habe seit Jahrzehnten über seine Verhältnisse gelebt, sagte Merkel beim Ökumenischen Kirchentag in München. Eine Kernfrage der kommenden Wochen werde lauten: "Wo können wir sparen?" Dabei werde sich der Zusammenhalt der Gesellschaft zeigen."

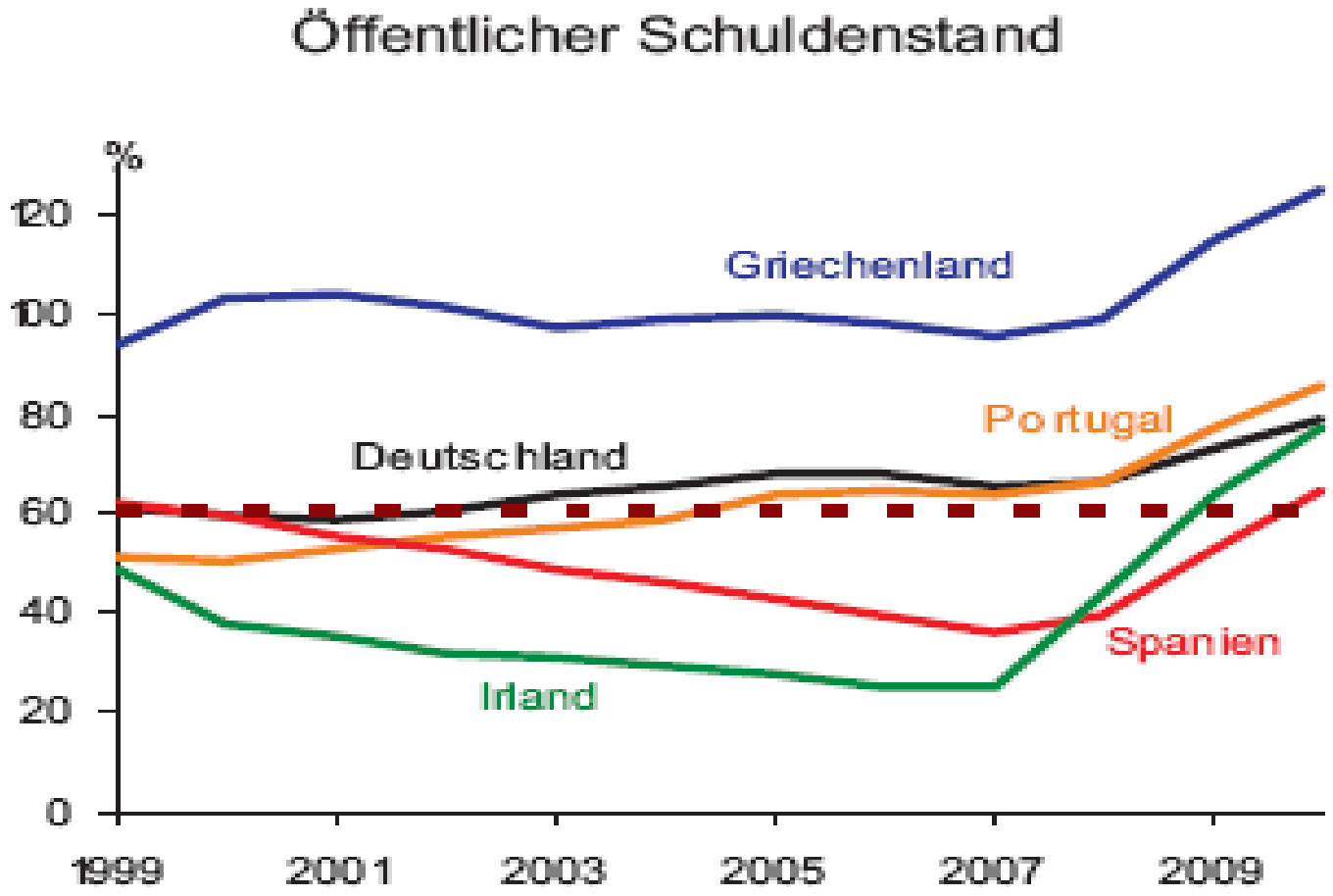
http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/themen/Merkel-Wir-leben-ueber-unsere-Verhaeltnisse;art2825,3293781

Eurokrise = Staatsschuldenkrise?

„Der Euro ist eine wichtige Errungenschaft des europäischen Integrationsprozesses. Durch seine Abschaffung zugunsten nationaler Währungen würde die Integration einen Rückschlag erfahren. Doch bietet die derzeitige Krise auch Chancen, wenn es gelingt, die Staatsverschuldung nachhaltig einzudämmen, die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer zu steigern und die richtige Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortlichkeit zu finden.“

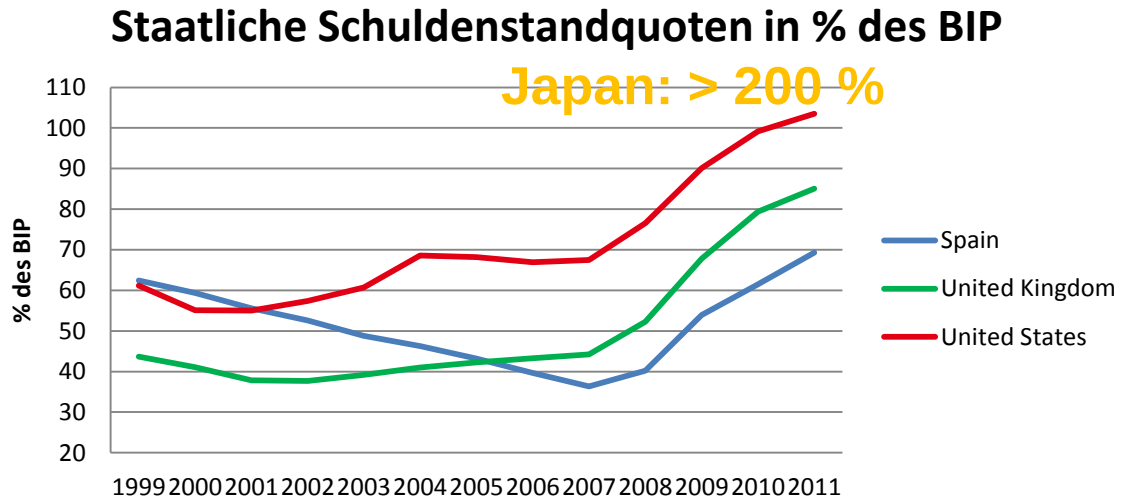
Euro am Scheideweg (Bundeszentrale für politische Bildung, Info aktuell, S.1)

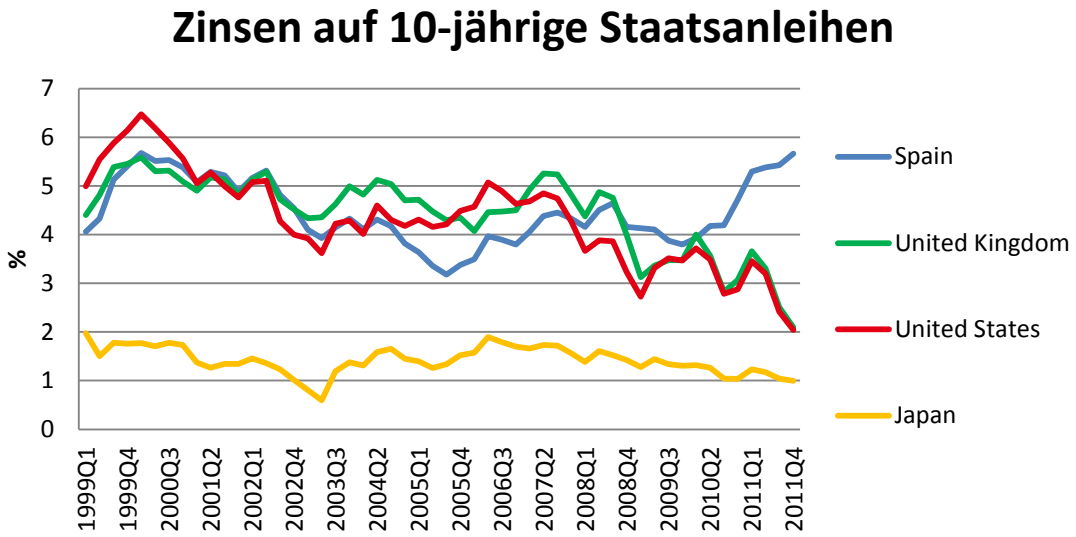
Die aktuell hohe Staatsverschuldung in Europa ist eindeutig Folge, nicht Ursache der Krise



Quelle der Abbildung: Gustav A. Horn u.a.: Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Nicht nur öffentliche, auch private Verschuldung zählt (IMK Report 51), Düsseldorf 2010, S. 6. Quelle der zugrundeliegenden Daten: AMECO-Datenbank der EU-Kommission (Stand: 20. April 2010), 2010: Prognose der EU-Kommission; Berechnungen des IMK.

Die selektive Bestrafung von Regierungen durch die Finanzmärkte zeigt klar, dass es in der Eurokrise nicht primär um Staatsverschuldung geht



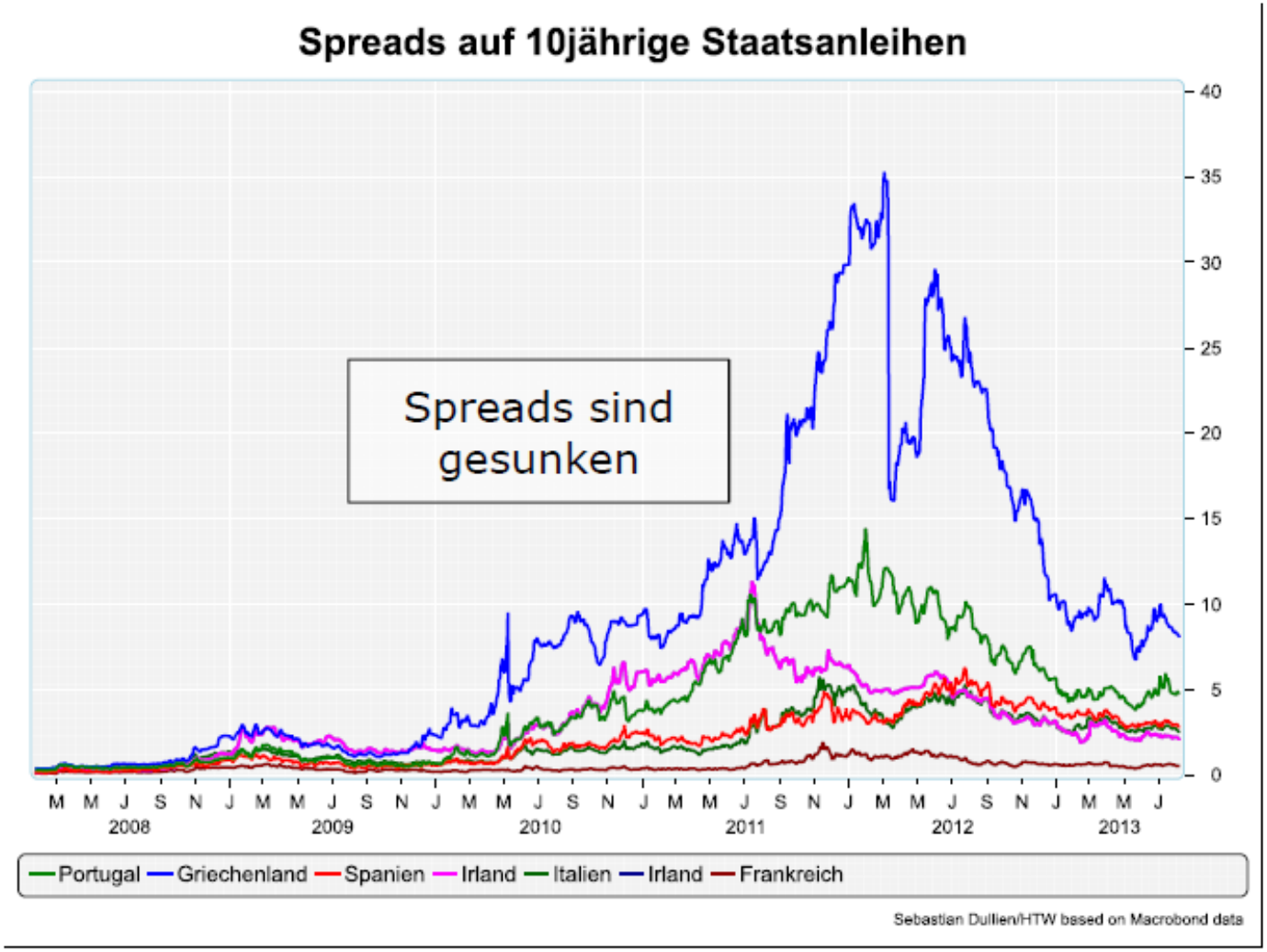


Quelle: Daten der EU-Kommission, eigene Berechnung.

Begründung für die Herabstufung der Staatsanleihen der Krisenländer durch Standard & Poor‘s im Januar 2012

„Wir glauben auch, dass die Vereinbarung (der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 9. Dezember 2011) die Ursache der Krise in Teilen verkennt. Sie basiert auf der Annahme, dass sich die aktuelle Finanzkrise in erster Linie durch unverantwortliche Fiskalpolitik der Peripherie ergibt. Aus unserer Sicht sind jedoch die finanziellen Probleme der Euro-Zone eine Folge steigender außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen dem Euro-Zonen-Kern und der sogenannten Peripherie.“

Warum wurde gegen einige Länder ab 2010 spekuliert?
Warum schwillt die Spekulationswelle seit Mitte 2012 ab?



„Draghi‘s Schwur“(Juli 2012): Die EZB tut nun das, was weltweit auch alle Zentralbanken tun, nämlich durch (Ankündigung von) Stützungskäufe(n) die Spekulation gegen Staatsanleihen unterbinden

- “Within our mandate, the **ECB** is ready to do what-ever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.“ (26/07/2012)

Mario Draghi
Präsident der EZB

Mario Draghi, President, European Central Bank, Frankfurt is captured during the special address session at the Annual Meeting 2013 of the World Economic Forum in Davos, Switzerland, January 25, 2013. Copyright by World Economic Forum. . swiss-image.ch/Photo Remy Steinegger. This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license.

Makroökonomische Ungleichgewichte und der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)

Saldo des Staatshaushalts

+ Privater Finanzierungssaldo

– Leistungsbilanzsaldo

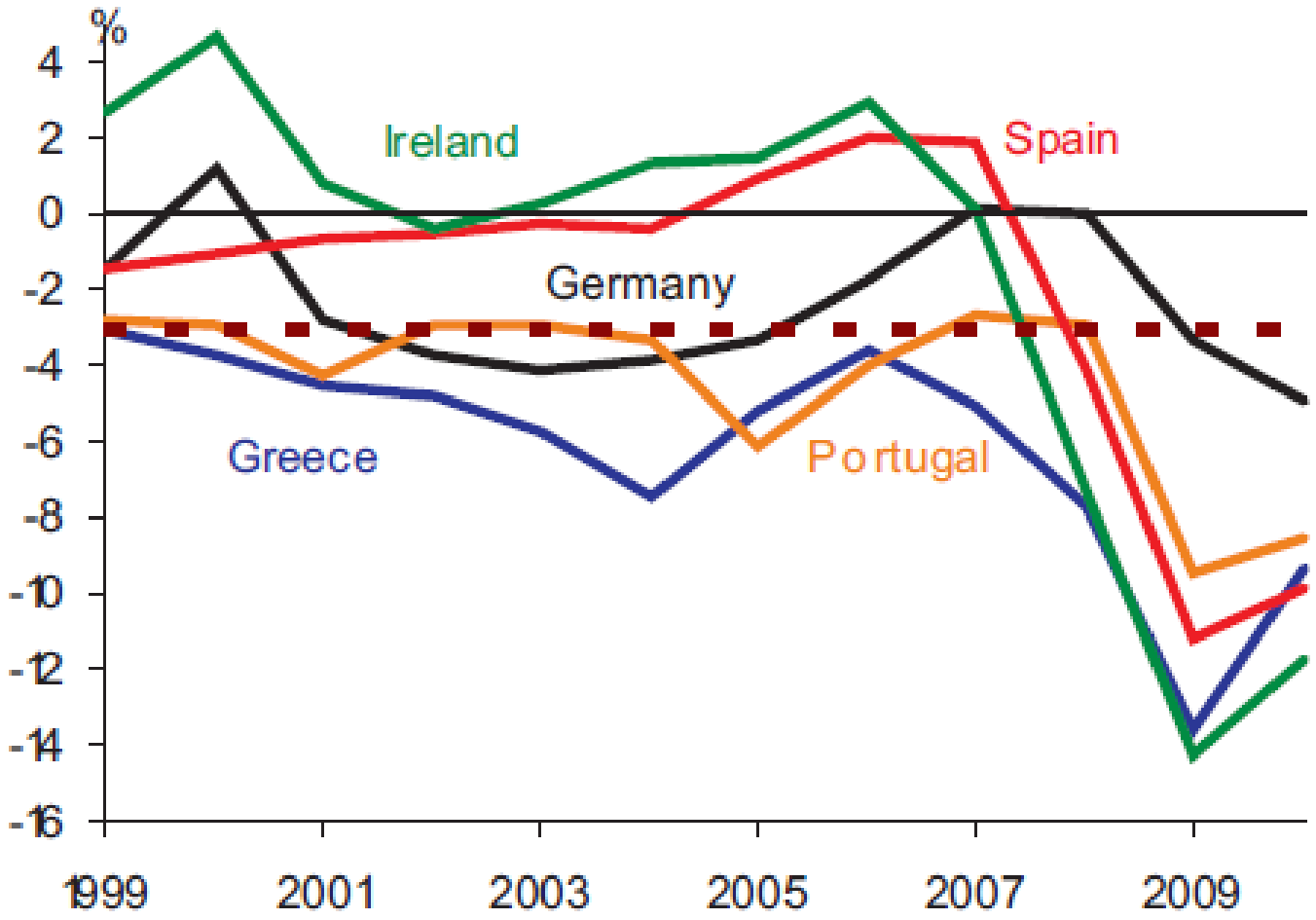
= 0 **(immer wahr!)**

- Der alte SWP:
  - Staatliches Defizit nie größer als 3%!
  - Mittelfristig ausgeglichener Staatshaushalt!
  - Leistungsbilanzsaldo (und somit der Saldo des privaten Sektors) spielen keine Rolle
  - Staatsverschuldung maximal 60% des BIP!

Gliederung

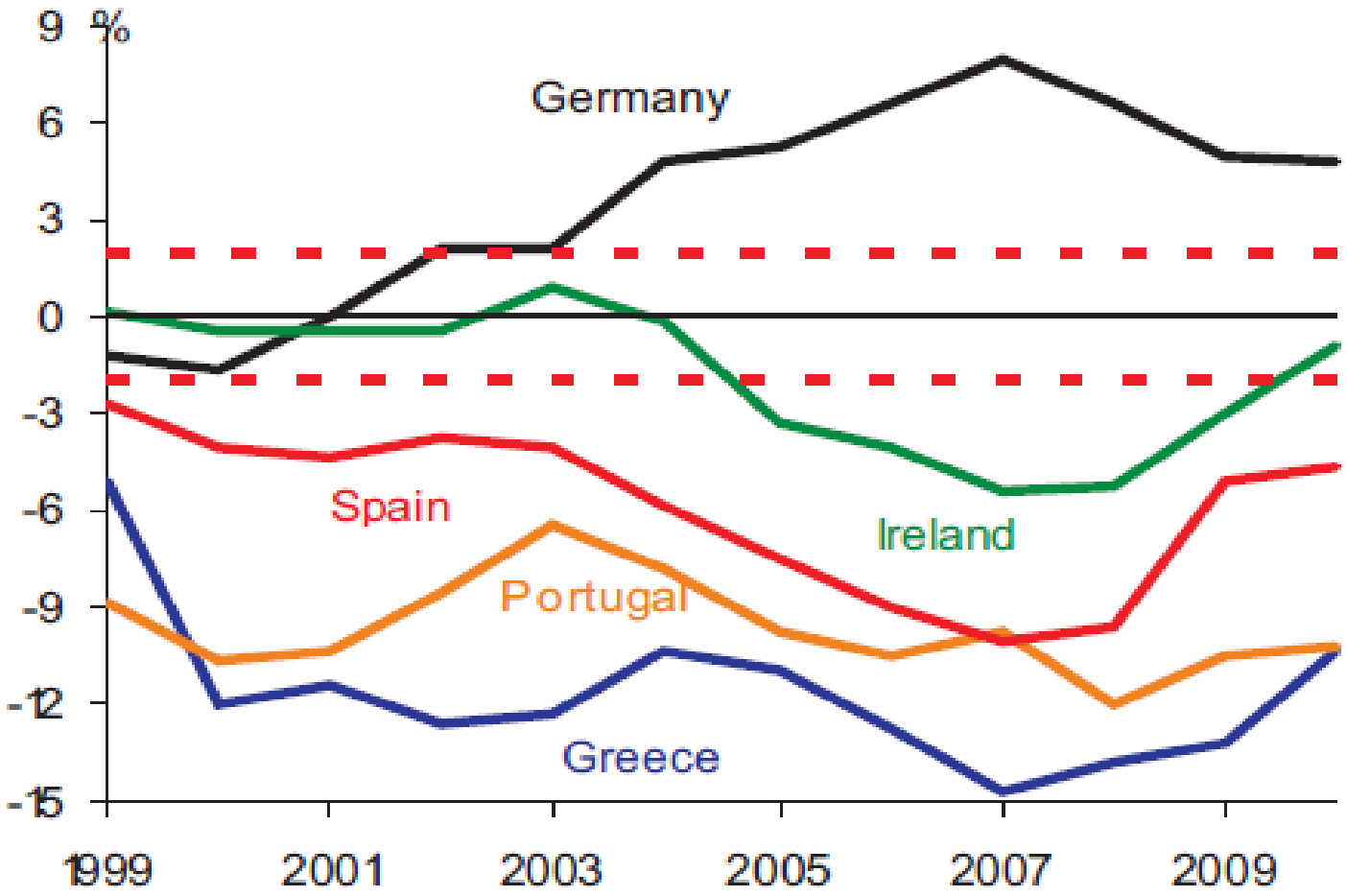
1. Ist die aktuelle Krise eine Staatsschuldenkrise?
2. Der alte Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)
3. Austeritätspolitik und Reform der EU-Institutionen
4. Das magische Viereck (alt und neu) als Alternative?
5. Ungleichheit als Stabilitätsrisiko

Saldo des Staatshaushalts, 1999-2010, in % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



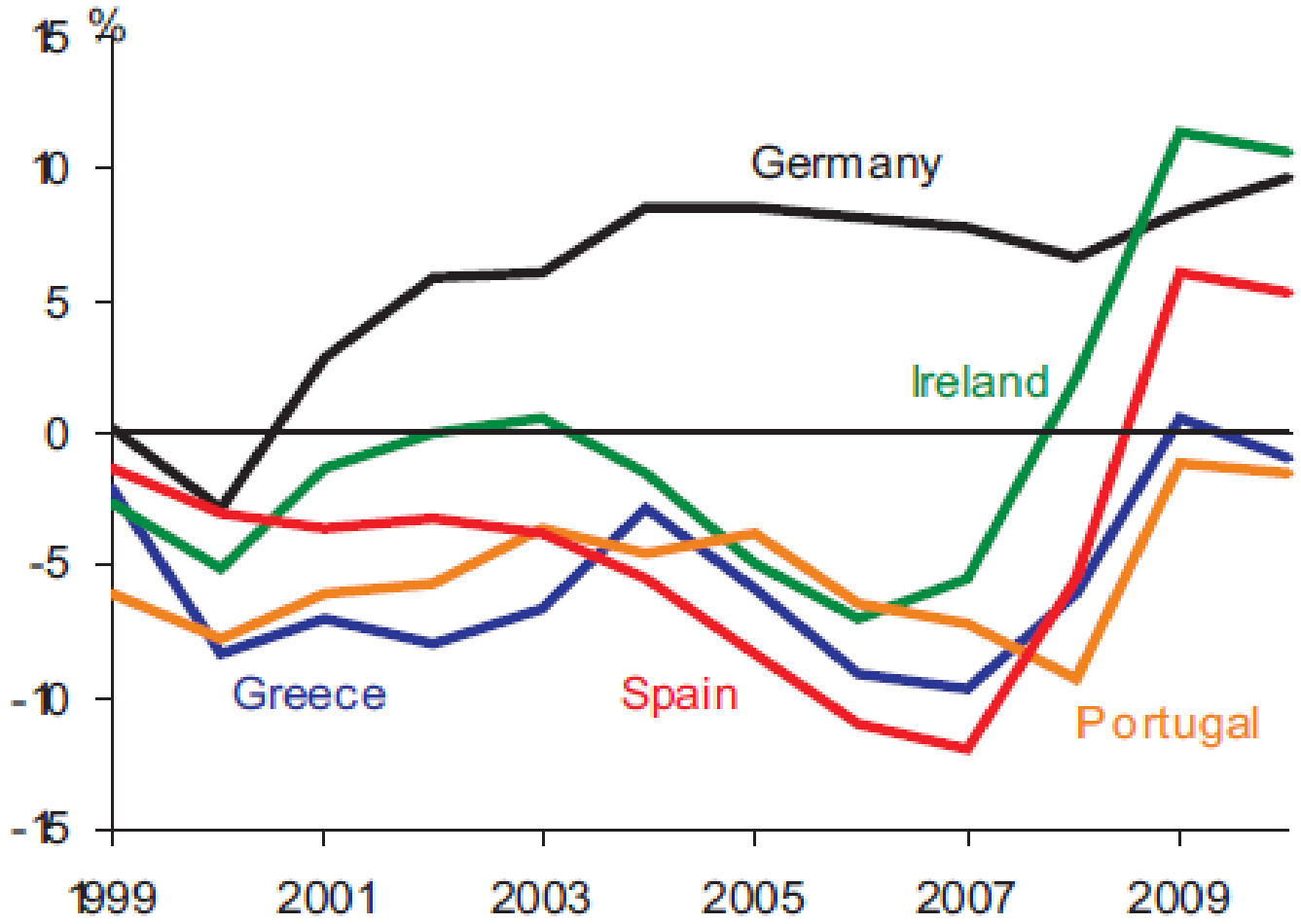
Quelle der Abbildung: Gustav A. Horn u.a.: Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Nicht nur öffentliche, auch private Verschuldung zählt (IMK Report 51), Düsseldorf 2010, S. 6. Quelle der zugrundeliegenden Daten: AMECO-Datenbank der EU-Kommission (Stand: 20. April 2010), 2010: Prognose der EU-Kommission; Berechnungen des IMK.

Leistungsbilanzsaldo, 1999-2010, in % des BIP



Quelle der Abbildung: Gustav A. Horn u.a.: Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Nicht nur öffentliche, auch private Verschuldung zählt (IMK Report 51), Düsseldorf 2010, S. 6. Quelle der zugrundeliegenden Daten: AMECO-Datenbank der EU-Kommission (Stand: 20. April 2010), 2010: Prognose der EU-Kommission; Berechnungen des IMK.

Privater Finanzierungssaldo, 1999-2010, in % des BIP



Quelle der Abbildung: Gustav A. Horn u.a.: Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Nicht nur öffentliche, auch private Verschuldung zählt (IMK Report 51), Düsseldorf 2010, S. 6. Quelle der zugrundeliegenden Daten: AMECO-Datenbank der EU-Kommission (Stand: 20. April 2010), 2010: Prognose der EU-Kommission; Berechnungen des IMK.

Völlig verfehlte Einschätzung des Rates und der Kommission unmittelbar vor der Krise

- Spain (2007): “the medium term budgetary position is sound and the budgetary strategy provides a good example of fiscal policies conducted in compliance with the Stability and Growth Pact”
- Germany (2006): “the Council welcomes the priority attributed by the government to budgetary consolidation as laid out in the programme, but notes that there are risks linked to the achievement of the budgetary targets and to long-term sustainability of public finances.”

Weiterhin starker Fokus auf staatliche Defizite in Schulmaterialien

„Des Weiteren hat sich das Regelwerk des Stabilitäts- und Wachstumspakts als nicht wirksam genug in der Begrenzung der Staatsverschuldung erwiesen. Länder mit zu hohen Defiziten wurden nicht, wie vorgesehen, mit Sanktionen belegt.“

Euro am Scheideweg (Bundeszentrale für politische Bildung, Info aktuell, S.3)

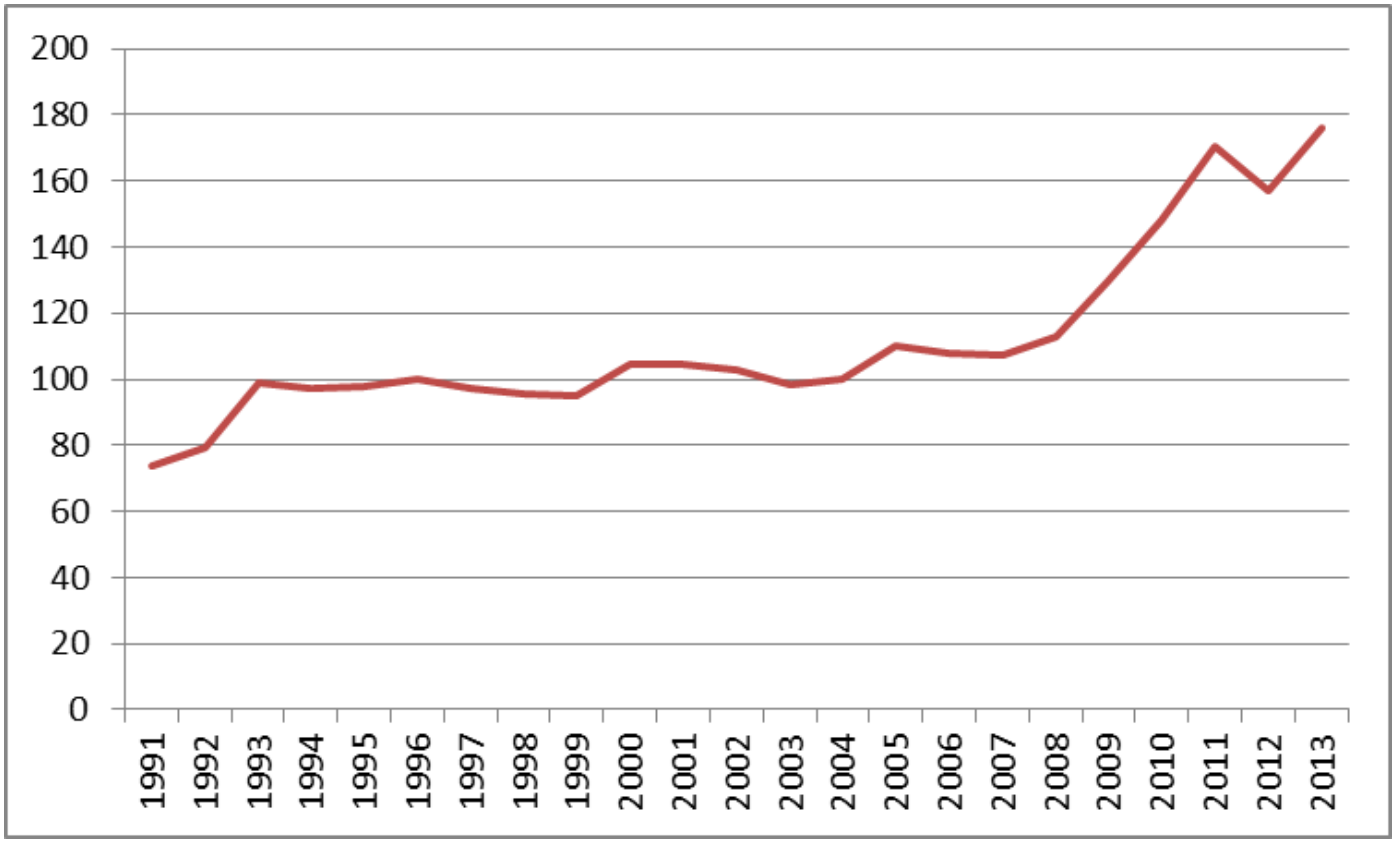
Gliederung

1. Ist die aktuelle Krise eine Staatsschuldenkrise?
2. Der alte Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)
3. Austeritätspolitik und Reform der EU-Institutionen
4. Das magische Viereck (alt und neu) als Alternative?
5. Ungleichheit als Stabilitätsrisiko

Die Kriseninterpretation der deutschen Bundesregierung

- Zuerst: Staatsschuldenkrise
- Mittlerweile: Wettbewerbskrise der Peripherie-Länder
- Bestrafung durch die Finanzmärkte hilft, die notwendige Kürzung der Staatsausgaben und andere Strukturreformen durchzusetzen
  - “Short-term pain for long-term gain.”
  - "Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen"
- Probleme
  - Kürzung der Staatsausgaben schwächt das Wachstum, so dass staatliche Schuldenstandquote weiter steigt
  - Hohe Langzeit-Arbeitslosigkeit (v.a. bei jungen Menschen) führt ihrerseits zu strukturellen ökonomischen Problemen (Humankapital-Verluste), menschlichem Elend und politischem Extremismus
  - Internationale Kritik am deutschen Modell wird weitgehend ignoriert

Staatliche Schuldenstandquote in Griechenland



Quelle: AMECO-Datenbank, eigene Berechnung.

Die Troika hat die negativen Auswirkungen der Sparpolitik unterschätzt

- „In einem ersten Rettungspaket hatte die griechische Regierung im Mai 2010 Hilfen im Umfang von 110 Milliarden Euro bekommen und sich im Gegenzug zu harten Sparmaßnahmen und Strukturreformen verpflichtet. Die griechische Wirtschaft hat sich seither viel schlechter entwickelt, als erwartet. Der IWF hatte ursprünglich prognostiziert, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2012 um 5,5 Prozent schrumpfen würde, tatsächlich waren es 17 Prozent.“

  (Süddeutsche Zeitung, 6. Juni 2013)

Die Troika hat die negativen Auswirkungen der Sparpolitik unterschätzt

- „Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Fehler bei der Hilfe für Griechenland eingeräumt. Ein Arbeitspapier, das am Mittwoch veröffentlicht wurde, legt nahe, dass der Fonds die Schäden unterschätzt hat, die die zur Sanierung der Athener Staatsfinanzen verordneten Sparmaßnahmen in der griechischen Wirtschaft verursachen würden. Der IWF bildet zusammen mit der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB), die so genannten Troika, welche die Sanierung der griechischen Staatsfinanzen überwacht.“

  (Süddeutsche Zeitung, 6. Juni 2013)

Die elementare Schuldenmechanik

- d = Haushaltsdefizit in % des BIP
- D = gesamte Verschuldung in % des BIP
- g = Wachstum des nominalen BIP
- Schuldenmechanik:

$$D = d/g$$

- Wenn das BIP jedes Jahr um 5% wächst und der Staat jedes Jahr ein Defizit von 3% macht, bleibt die staatliche Verschuldung dauerhaft bei 60% des BIP (vgl. SWP)
- Wenn das Defizit fällt, aber das Wachstum noch stärker fällt, steigt die gleichgewichtige Schuldenstandquote

Die elementare Schuldendynamik: Ein Zahlenbeispiel

d fällt, D/Y steigt

		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
nominales BIP-Wachstum	g	0.05	0.05	0.05	0.05	-0.01	-0.01	-0.01	-0.01	-0.01	-0.01	-0.01
Staatliches Defizit/nominales BIP	d	0.03	0.03	0.03	0.03	0.02	0.02	0.02	0.02	0.02	0.02	0.02
Staatsschuld	D	60.00	63.00	66.15	69.46	72.93	75.36	77.77	80.15	82.51	84.84	87.16
nominales BIP	Y	100.0	105.0	110.3	115.8	121.6	120.3	119.1	117.9	116.8	115.6	114.4
Staatliche Schuldenstandquote	D/Y	0.60	0.60	0.60	0.60	0.60	0.63	0.65	0.68	0.71	0.73	0.76

Deutsche Offizielle verlassen die EZB aus Protest gegen ihre Interventionen auf dem Markt für Staatsanleihen

Axel Weber

Source: Office of Axel A. Weber (*Angelika Waschk*) via Mail on 12. April 2005 after User:Avatar (Wikimedia-Commons) asked for a GFDL-picture. This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license.

Jürgen Stark

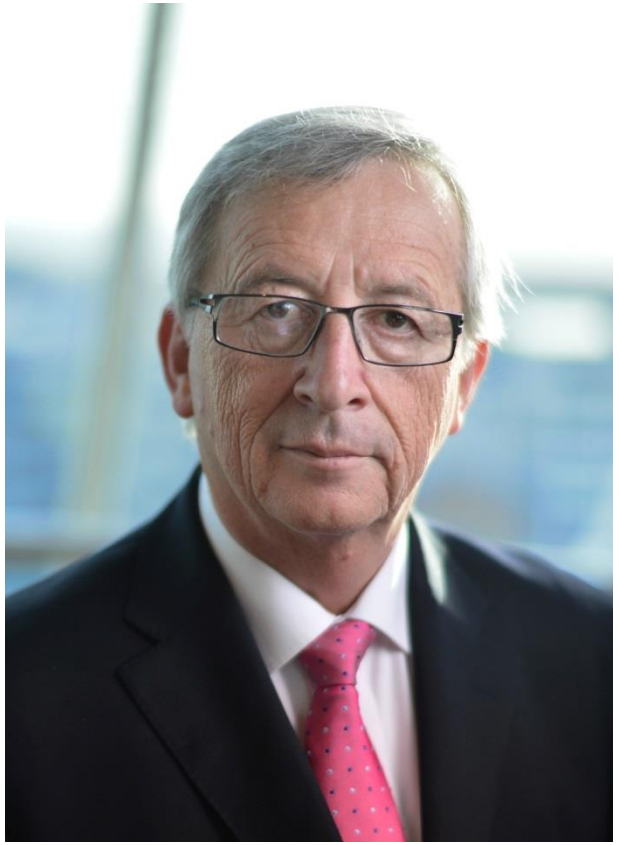
Kritik am deutschen Modell

Jean-Claude Juncker
Ehem. luxemburgischer Premierminister und Vorsitzender der Eurogruppe

Germany improves competitiveness through **“wage and social dumping“**.

There are **“undesirable developments in Germany’s economy and its wage bargaining system”**

(Luxemburger Wort, 11/08/2010, my translation).



Jean-Claude Juncker at EPP Dublin Congress, 2014. Urheber: European People’s Party. This file is licensed under the Creative Commons Attribution 2.0 Generic license.

Kritik am deutschen Modell aus Frankreich

Christine Lagarde
ehem. Finanzministerin Frankreichs, jetzt Direktorin des IWF

Christine Lagarde at a UMP rally for the 2010 French regional elections campaign in Issy-les-Moulineaux. Urheber: Marie-Lan Nguyen. This file is licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 Unported license.

- "Those with surpluses could do a little something. **It takes two to tango.** It cannot be just about enforcing deficit principles.
- The issue at hand is really one of competitiveness. Clearly **Germany** has done an awfully good job in the last 10 years or so, improving competitiveness, putting **very high pressure on its labour costs**. When you look at unit labour costs in Germany, they have done a tremendous job in that respect. **I'm not sure it is a sustainable model** for the long term and for the whole of the group. Clearly we need better convergence."

(Financial Times, 14.03.2010)

Kritik auch aus den USA

„USA schätzen deutsche Wirtschaft völlig falsch ein

Was war das für eine Empörung, als Deutschland im November vergangenen Jahres wieder einmal ein Rekordhoch beim Exportüberschuss vermeldete. Selbst das amerikanische Finanzministerium scheute sich damals nicht, Deutschland öffentlich für seine "Abhängigkeit vom Export" und sein "blutarmes Binnenwachstum" herunterzuputzen.

Und auch in Europa gab es genug Stimmen, die nur zu gern die Gelegenheit nutzten und der größten Euro-Volkswirtschaft eine gehörige Mitverantwortung an der Finanz- und Schuldenkrise innerhalb der Währungsunion zuschrieben. Dahinter stand der Vorwurf, dass die Exportnation Deutschland ihr Wachstum ausgerechnet auf Kosten ihrer hochverschuldeten europäischen Partner erwirtschafte.“

(Die Welt, 14.1.2014)

Jüngste Kritik der EU-Kommission

„Deutschland weist EU-Rüge zurück

Der anhaltend hohe Exportüberschuss Deutschlands stellt nach Ansicht der EU-Kommission ein Risiko für die europäische Wirtschaft dar. Deutschland müsse handeln, um die Nachteile für die deutsche und europäische Wirtschaft zu verringern, forderte die Kommission in Brüssel.

"Die Leistungsbilanz weist einen anhaltenden Überschuss auf sehr hohem Niveau aus", heißt es in der Analyse zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten in der Euro-Zone. "Das spiegelt eine hohe Wettbewerbsfähigkeit wider, ist aber auch ein Zeichen für ein anhaltend gedämpftes Binnenwachstum und dafür, dass Ressourcen nicht effizient eingesetzt werden." Angesichts der Größe der deutschen Wirtschaft gebe es erheblichen Handlungsbedarf.“

(tagesschau.de, 5.3.2014)

Die deutsche Bundesregierung hat ihre Ideen weitgehend durchgesetzt

- **Verschärfung des SWP (Six Pack)**
  - Strengere und automatisierte Sanktionen
  - 3%-Regel für Defizit, 60%-Regel für Schuldenstand rule for debt ratio
  - Zusätzlich verankert in völkerrechtlichem Vertrag („Fiskalpakt“: nationale „Schuldenbremsen“)
- **„Excessive Imbalance Procedure“ bleibt vage und zahnlos**
  - Deutschland setzt asymmetrisches Leistungsbilanzziel durch: -4% und +6%
  - Sanktionen für Defizite, aber nicht für Überschüsse

Inhaltlich einseitige bzw. grob fehlerhafte Unterrichtsmaterialien zum Thema Eurokrise sind leider keine Seltenheit.

Zitate aus: Schroedel-Aktuell. **EU-Gipfel 8./9.12.2011: Rettet finanzielle Disziplin den Euro?**, erschienen am 13.12.2011, http://www.schroedel.de/schroedelaktuell/aktualitaetenservice.php?bereich=Aktualit%C3%A4tenservice&schulfach=Wirtschaft

„Aufgaben zum Thema

1. Stelle anhand von M1 dar, wie die EU-Staaten die Staatsverschuldung in den Griff bekommen wollen
2. Erläutere, welche Antwort M2 auf die Frage gibt, ob es sich um den letzten Euro-Krisengipfel handelt.
3. Analysiere die Materialien M3.
4. Bezieht Stellung zu den Ergebnissen und möglichen Folgen des EU-Gipfels."

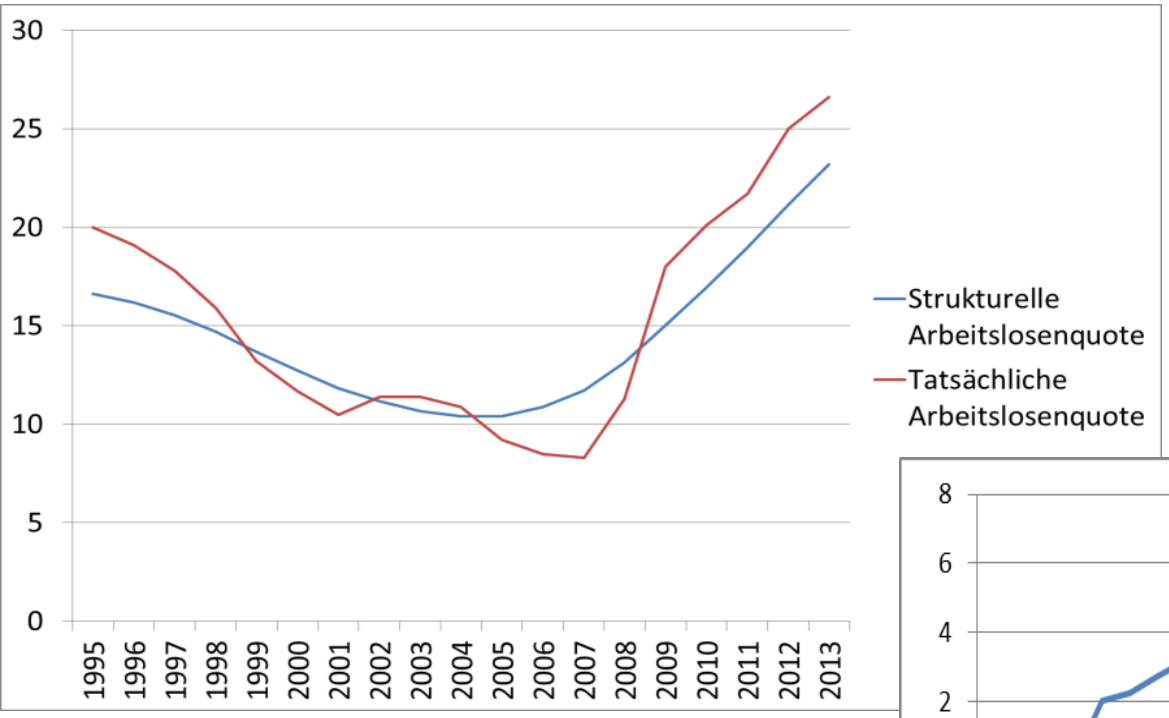
„M 1: Die Gipfel-Beschlüsse
Man kann nur ausgeben, was man hat. Das ist der Grundsatz der neuen Stabilitätsunion, die die 17 Euro-Staaten und neun weitere EU-Länder jetzt erreichen wollen. Nur Großbritannien macht nicht mit.
Schuldenbremse: Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, ihre Staatshaushalte auszugleichen und dies auch in Ihrer Verfassung zu verankern. Dieses Ziel gilt als erreicht, wenn das Haushaltsdefizit (also das, was ein Staat pro Jahr mehr ausgibt als er z. B. durch Steuern einnimmt) höchstens 0,5 Prozent beträgt. Wird diese Grenze überschritten, setzt sich automatisch ein Korrekturmechanismus in Gang. Die EU-Kommission prüft dann den Etat und kann Veränderungen einfordern. Außerdem muss der betreffende Staat ein Reformprogramm vorlegen. Damit wird Stabilität zur Pflicht. Genau das hatten Finanzmärkte und Ratingagenturen immer gefordert. Wer sich höher verschuldet, als es die bisherigen Grenzen in den EU-Verträgen erlauben (z. B. höchstens drei Prozent Haushaltsdefizit, wird automatisch bestraft, z. B. mit Geldbußen(…)."

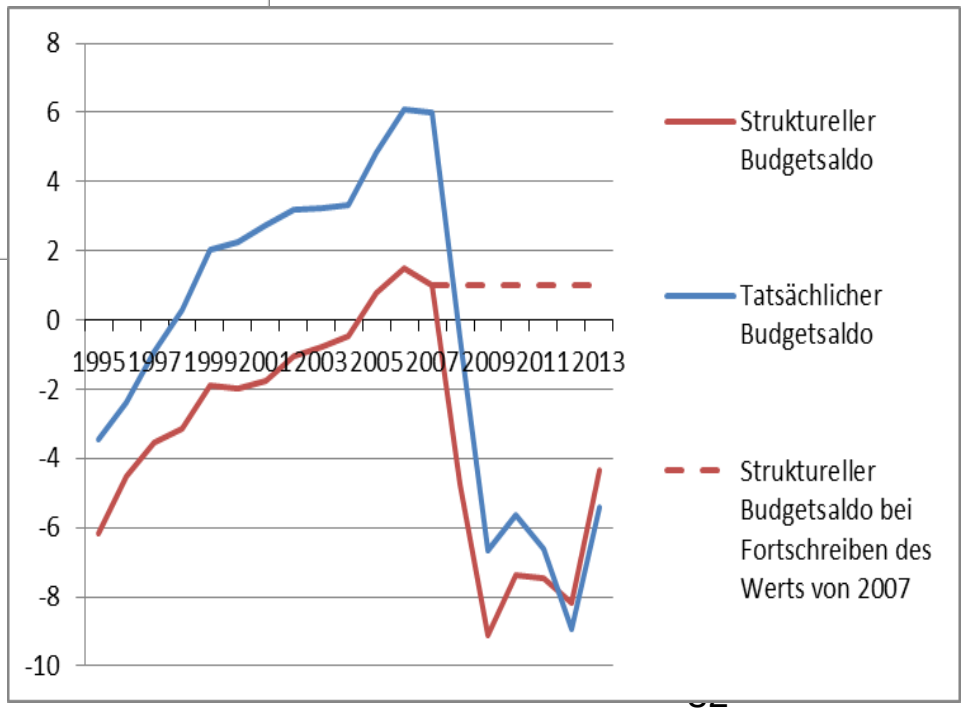
„Aufgabe 4: Offene Diskussion; die Schülerinnen und Schüler können den zu schließenden Vertrag positiv bewerten, da er effizient zur Haushaltsdisziplin zwingt; allerdings kann niemand sagen,ob sich auch alle daran halten werden. Das Nein der Briten kann kontrovers diskutiert werden, die politischen Folgen sind eigentlich noch nicht absehbar"

Deutschland hat Leistungsbilanzüberschüsse, gibt also als Land weniger aus, als es „hat", was nur möglich ist, wenn andere Länder mehr ausgeben, als sie „haben".

Falsch: Nur das STRUKTURELLE Haushaltsdefizit wird begrenzt. In konjunkturellen Schwächephasen sind Defizite erlaubt.

Die EU-Kommission interpretiert die Budgetdefizite und die Arbeitslosigkeit als fast ausschließlich strukturell bedingt.





(AMECO-Datenbank der EU-Kommission, eigene Berechnungen)

Was nun?

- Finanzmärkte haben sich beruhigt, dank der Intervention durch die EZB
- ESM und Bankenunion sind Schritte in die richtige Richtung
- Aber die Arbeitslosigkeitskrise bleibt ungelöst
- Es gibt keine Mittelfriststrategie zur Überwindung der makroökonomischen Ungleichgewichte

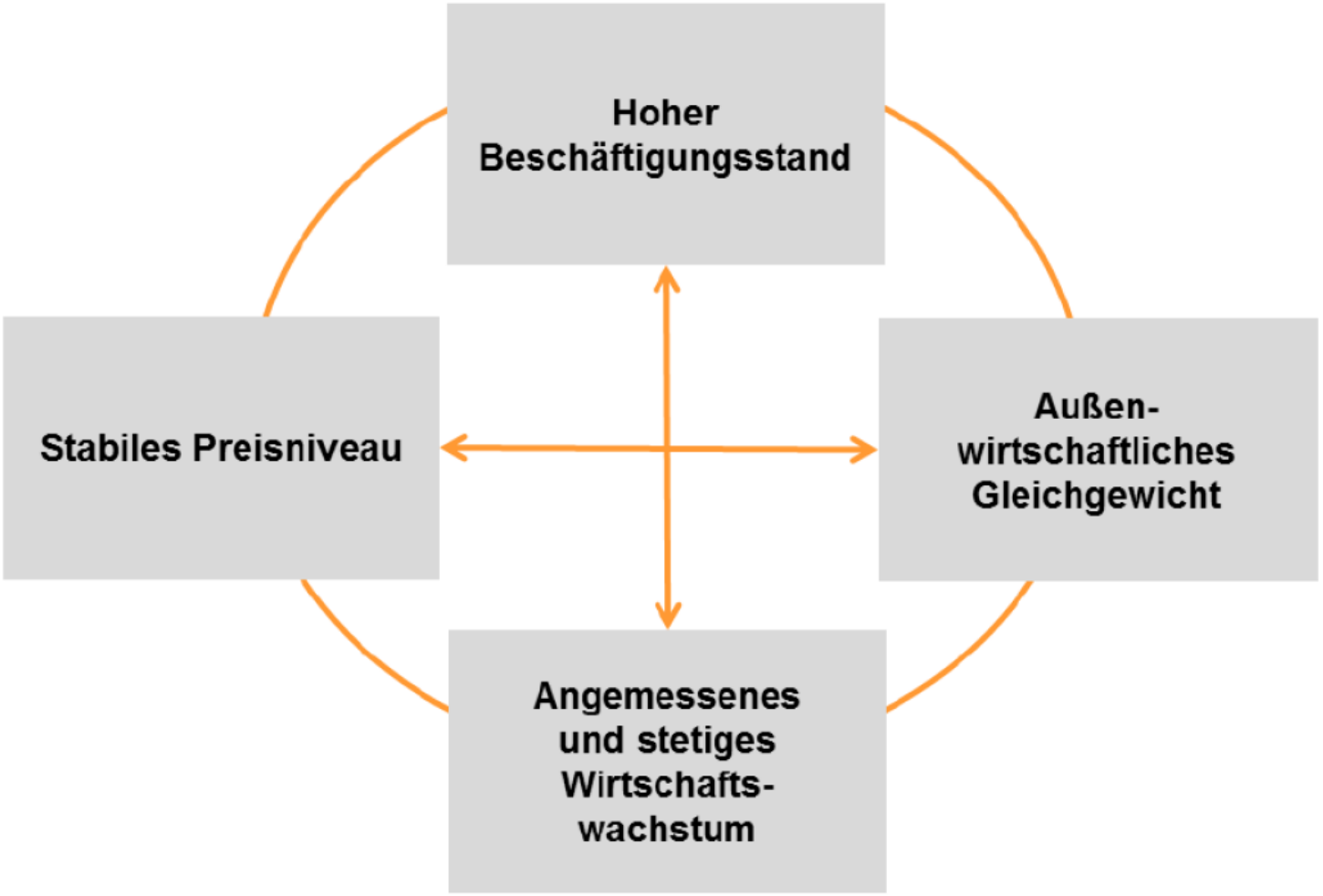
Gliederung

1. Ist die aktuelle Krise eine Staatsschuldenkrise?
2. Der alte Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)
3. Austeritätspolitik und Reform der EU-Institutionen
4. Das magische Viereck (alt und neu) als Alternative?
5. Ungleichheit als Stabilitätsrisiko

Einseitige Fokussierung auf staatliche Defizite bedeutet Unterbelichtung anderer, tendenziell wichtigerer Ziele

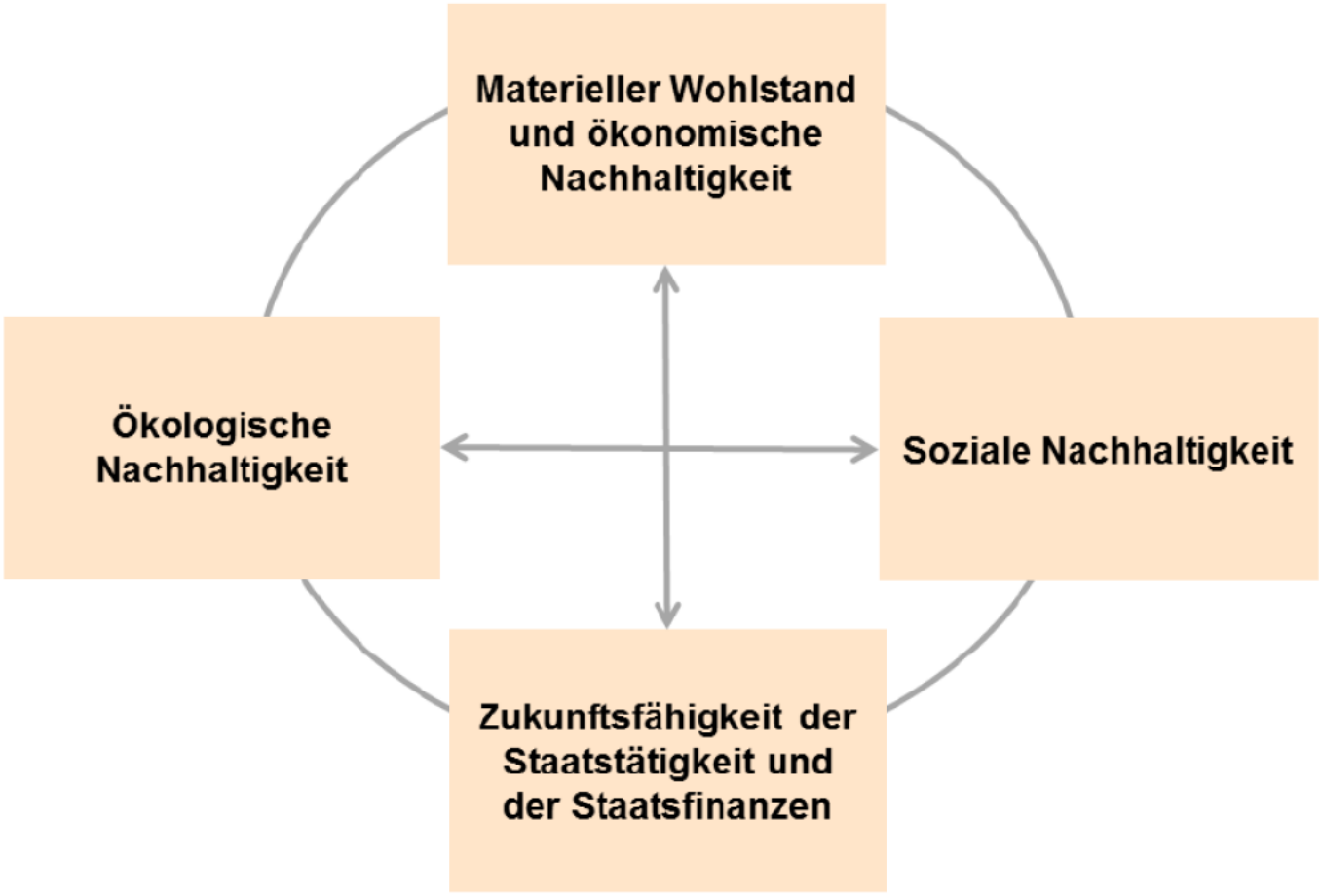
- Öffentliche Investitionen in Bildung & Infrastruktur
- Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte
- Ungleichheit als makroökonomisches Stabilitätsrisiko

Das alte „magische Viereck“ (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, StabG 1967)



36

Ein neues „magisches Viereck“ (Dullien/van Treeck 2012)



Gliederung

1. Ist die aktuelle Krise eine Staatsschuldenkrise?
2. Der alte Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)
3. Austeritätspolitik und Reform der EU-Institutionen
4. Das magische Viereck (alt und neu) als Alternative?
5. Ungleichheit als Stabilitätsrisiko

International Labour Office

Geneva

Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates

Till van Treeck

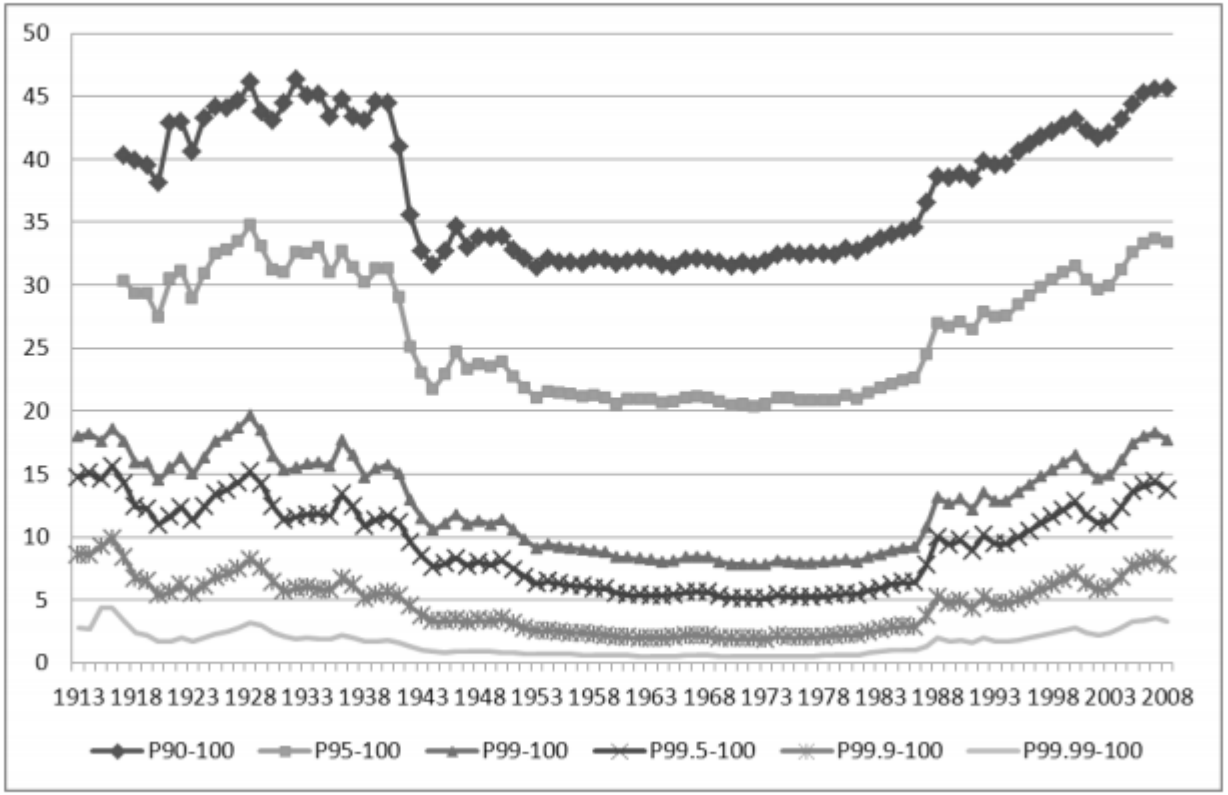
Simon Sturn

CONDITIONS OF WORK AND EMPLOYMENT SERIES No. 39

TRAVAIL

Top income shares, USA

Figure 5: Top income shares, excluding realised capital gains, in per cent of total household pre-tax income, United States, 1913-2008

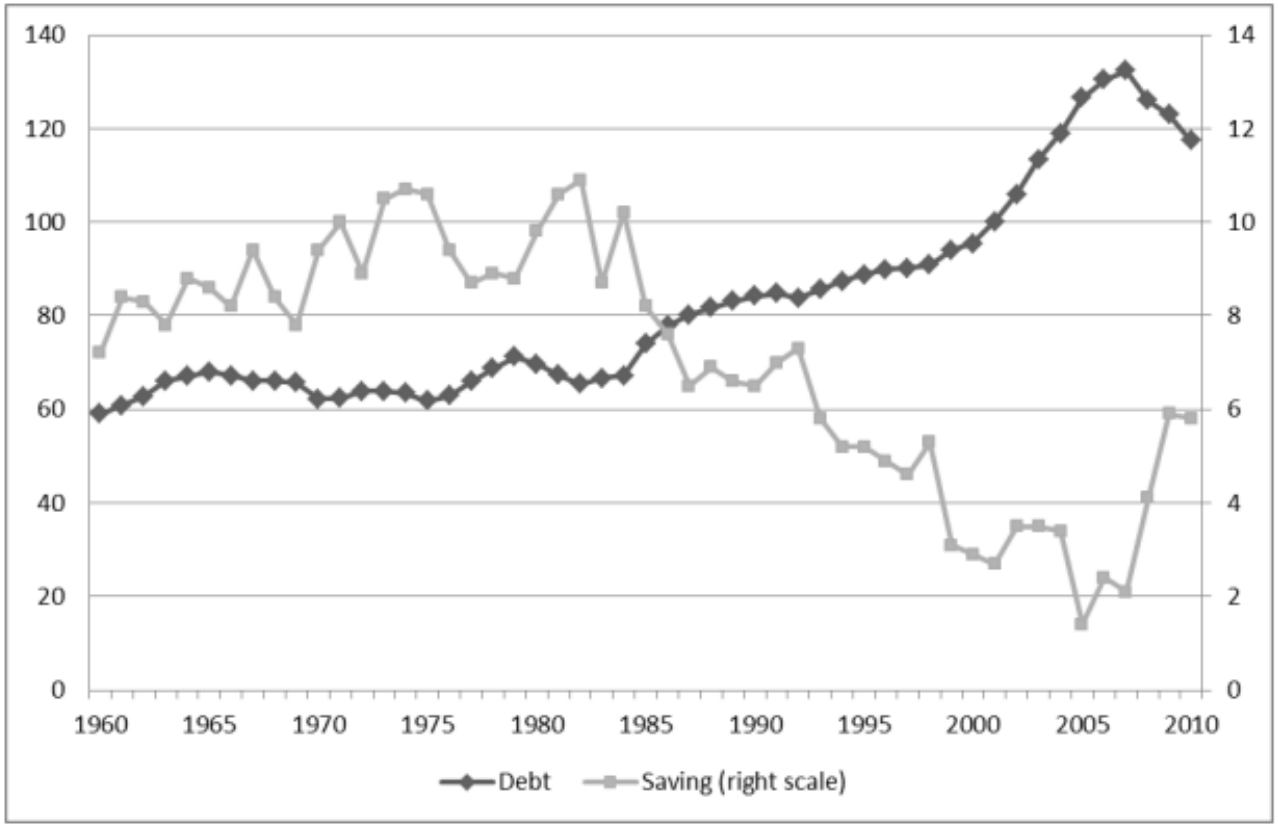


Source: http://elsa.berkeley.edu/~saez/TabFig2008.xls, based on IRS; authors' calculations

Quelle der Abbildung: Till van Treeck, Simon Sturn: Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates, (International Labour Office: Conditions of work and employment series ; No.39), Genf 2012, S. 70.

USA: Rückgang der Sparquote und kreditfinanzierter Konsum kompensieren zeitweise die schwache Einkommensentwicklung der unteren 90%, bis zur privaten Schuldenkrise ab 2007

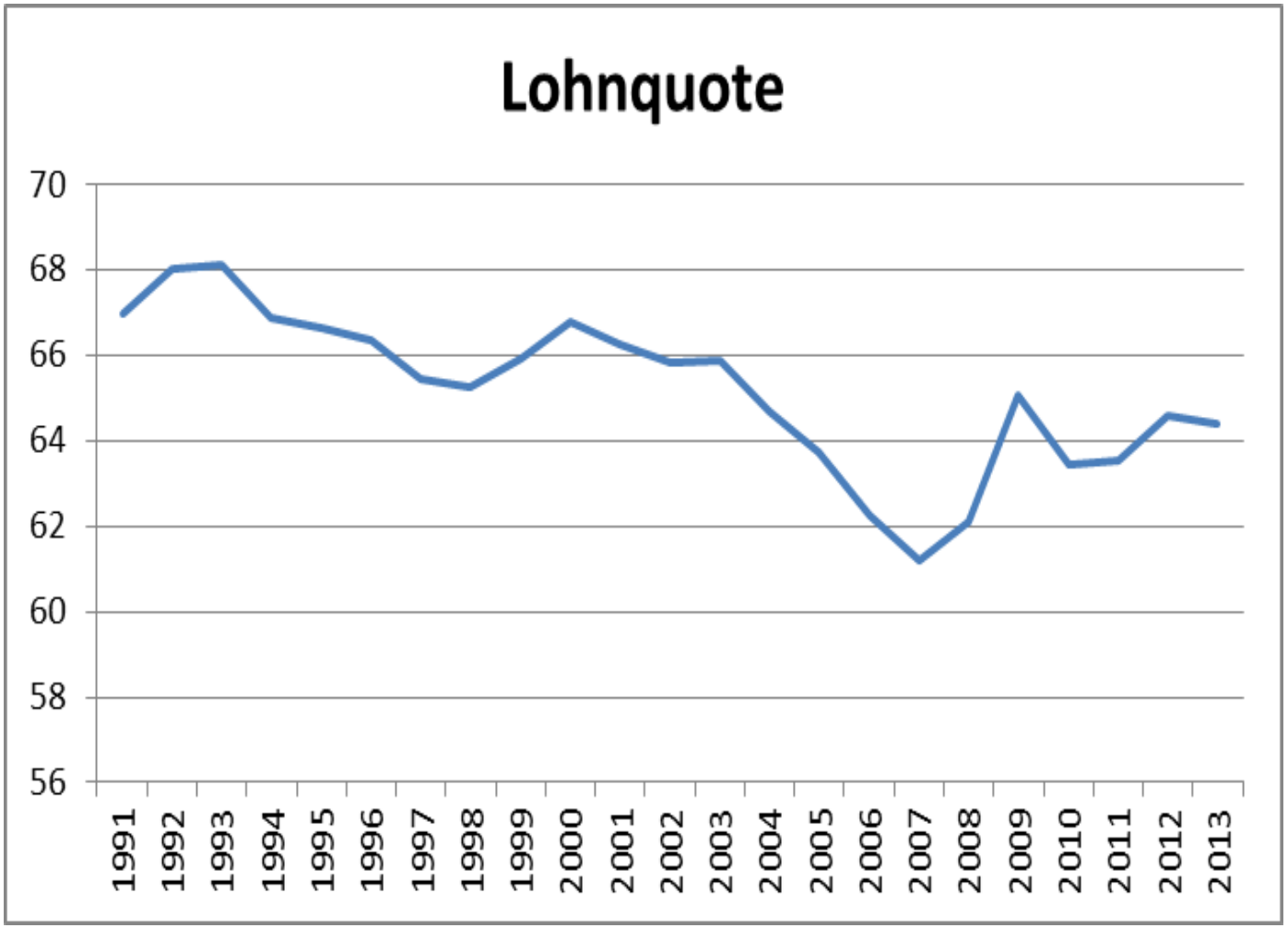
Figure 13: Personal savings and debt as per cent of disposable income, United States, 1960-2010



Source: NIPA, Flow of Funds; authors' calculations

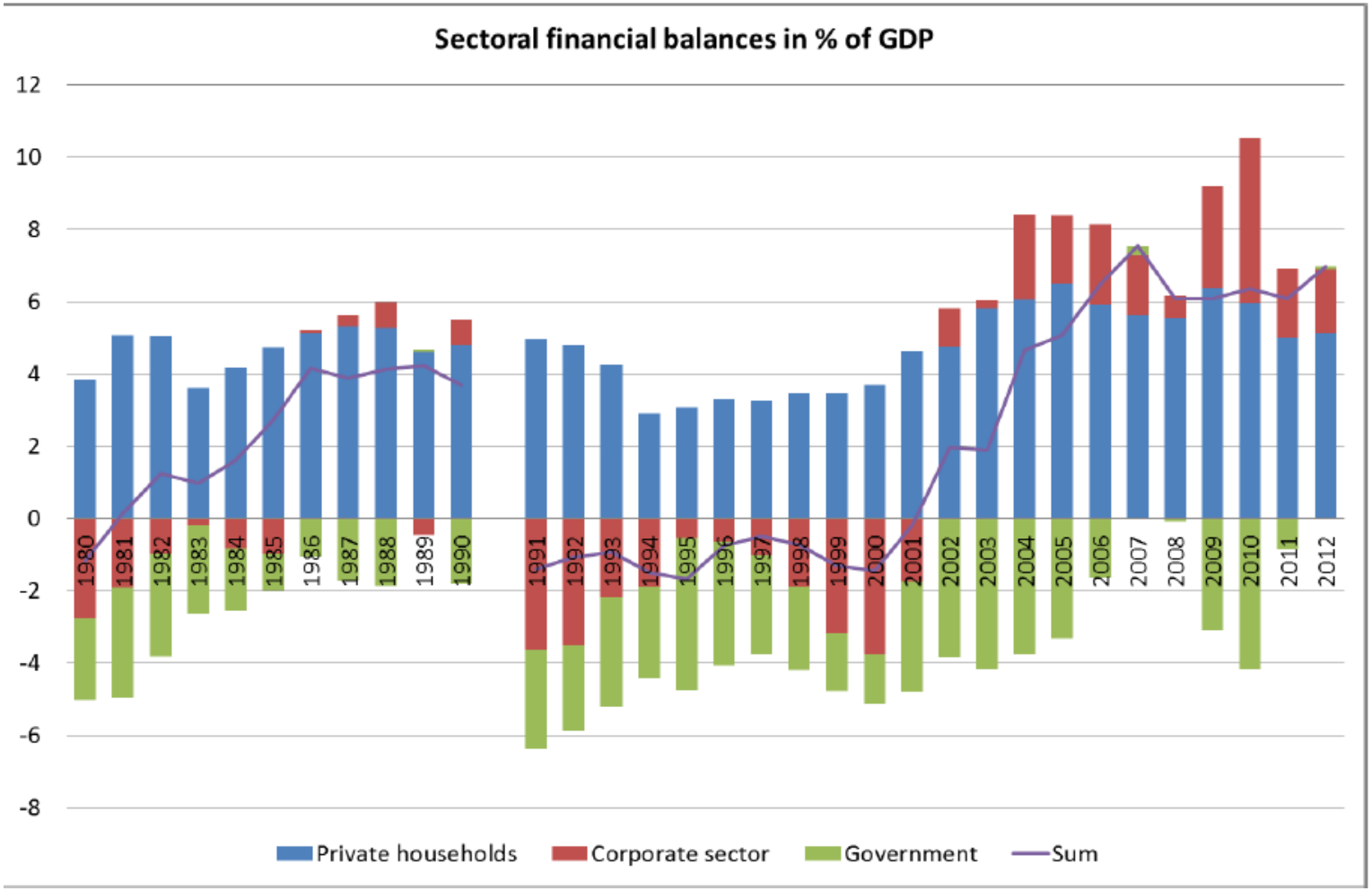
Quelle der Abbildung: Till van Treeck, Simon Sturn: Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates, (International Labour Office: Conditions of work and employment series ; No.39), Genf 2012, S. 74.

Lohnquote, Deutschland



Quelle: AMECO-Datenbank, eigene Berechnungen.

Nettovermögensbildung des Unternehmenssektors in Folge stark steigender Gewinne schwächt Binnennachfrage und trägt maßgeblich zum Leistungsbilanzüberschuss bei (Gefahr: Überschuldete Handelspartner)



Quelle: AMECO-Datenbank, eigene Berechnungen.

Danke für die Aufmerksamkeit!

Mehr unter:

www.cives-school.de

Facebook: Sozialökonomie Duisburg-Essen